

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Junner
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigensätze
für die sechsseitige Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Ausblick von der Jahreschwelle

Ein Jahr sinkt in das Meer der Vergangenheit, geschichtlich eine winzige Sekunde nur, für das Leben der Arbeiterklasse wie des Einzelnen aber eine lange Zeit bewegten Geschehens. Die Betrachtung der Zeitstrecke, die mit den mitternächtlichen Glockenschlägen des 31. Dezembers abschließt, wird nirgends Jubeltöne entfachen, zumal nicht bei der deutschen Arbeiterklasse. Denn auf ihr stehen der Markstein genug, wo die Klage der Proletarier geklungen, die Wohlfahrt der Völker geschädigt, die Hoffnung der friedliebenden Menschen zerstört worden ist.

Das Jahr 1921 erhielt sein Gepräge durch die Auswirkungen der Friedensverträge. Durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise, Ultimatum und Drohungen der Sieger, durch Vermehrung der Staatsschulden und Deutschlands Zahlungsunfähigkeit, durch Kriegsgefahr im fernem Osten, Abrüstungskonferenz und Bündnis der vier Mächte. Mit diesen Fragen und Plagen sind die Völker das ganze Jahr hindurch in Atem gehalten worden. Ob darin bald eine Ruhepause eintritt, weiß niemand zu sagen. Für keine dieser Schwierigkeiten ist eine Lösung, die von eisiger Dauer wäre, gefunden, konnte auch keine gefunden werden, weil ihr Urquell unangetastet geblieben ist.

So stehen denn der geplagten Menschheit auch im neuen Jahre Ungewißheit, Aufregung, Erschütterungen und eine Schmälerung der Wohlfahrt bevor. Solche Aussicht ist wahrhaftig nicht erbaulich. Und es könnte nicht wundernehmen, wenn die am schwersten unter diesem Stand der Dinge leidenden Volksschichten, von der Verzweiflung übermannt, ihre Wut an vermeintlichen oder wirklichen Urhebern der Dual ohne Ende auslassen, wie jüngst in Wien. England hat die letzten Wochen ähnliche Empörungen gesehen, nur waren die englischen Blätter vorsichtig genug, Aufhebens davon nicht zu machen. Und es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die vielen Tausenden maßlos leidenden, auf die dünnen Brotkrumen der Armenverwaltung angewiesenen Arbeitslosen Englands ihr namenloses Weh in stummer Ergebenheit weitertragen. Man muß also mit weiteren Verzweiflungstaten rechnen, wobei aber auch gesagt werden muß, daß dadurch an den qualvollen Zuständen nichts zu bessern ist.

Es ist bekannt, daß sowohl in England wie in Amerika ernsthafte Bemühungen gemacht wurden und werden, aus dem fürchterlichen Engpaß herauszukommen, wohinein die Versailler Friedensgipfel die Welt geführt haben. Daß hinter diesen Bestrebungen ernsthafter Wille steht, läßt sich nicht bestreiten. Unter anderem wäre die immer trostloser werdende Lage breiter Mittelschichten, wie die zu gewärtigende Empörung unterer Schichten eindrucksvoll genug, den verantwortungstragenden Regierungskleuten Englands und Amerikas den Ernst der Sache nicht vergessen zu lassen. Für den hohen Zweck sind verschiedene Anläufe auf inner- wie außenpolitischem Gebiet gemacht. Wenn sie nur erst wenig über die gute Absicht hinauskommen, so hat daran Frankreich ein vollgerichtetes Maß von Schuld. Dem Verbündeten an der Seine zuliebe mußte manche notwendige Tat ungetan bleiben. Die französische Verfestenheit auf den zu Versailles begonnenen Weg der Gewaltpolitik hat im Laufe des alten Jahres zu so heftigen Verstimmungen zwischen Paris und London geführt, daß miteinander von einem bevorstehenden Bruch gesprochen werden konnte. Der Mißklang ist freilich immer wieder verklungen, England war zumeist der einlenkende Teil, es „fiel um“, weil es glaubt, den Verbündeten bei wichtigen außenpolitischen Gängen nicht entbehren zu können. Aber dies waren Hand und Kopf John Bulls durch die Sorgen in Irland, in Ostasien und daheim vollumfänglich in Anspruch genommen, so daß er nicht noch Lust nach einer französischen Sorge haben konnte. Die ostasiatische Schwierigkeit ist jetzt aber ziemlich behoben, die irische Frage ist der Lösung nahe, die Freundschaft mit Amerika hat seit Wochen eine überaus prächtige Festigung erfahren. John Bull hat nun Hand und Kopf frei für die Regelung der großen europäischen Frage, die er, es ist unnötig zu sagen, nur im britischen Interesse erledigen wird, was aber nichtsdestoweniger ein segensreicher Fortschritt für ganz Europa bedeutet.

Ob John Bull bei der Regelung der brennendsten aller Fragen noch soviel Rücksicht als bisher auf den Verbündeten an der Seine nehmen wird, steht dahin. Es sind gewisse Anzeichen vorhanden, daß man in Frankreich mit einer Erhöhung der Freundschaft rechnet. Durch eine großzügige Werbearbeit in Amerika, wobei Franken und Zungen nicht gespart wurden, hat man jenseits des Ozeans zu gewinnen versucht, was in Europa verloren zu gehen droht. Daß nicht viel amerikanische Seide auf die französische Spule gebracht worden ist, bezeugt der Inhalt amerikanischer Blätter. Wie sich überhaupt der einst so warme Ton für die Grande Nation in den Vereinigten Staaten auffällig abgekühlt hat. In England ist man sich schon längst klar, daß die große europäische Frage im Kielwasser der französischen Gewaltpolitik unmöglich zu

regeln ist. Um die Kreise der hohen britischen Politik nicht zu stören, haben Presse und Parlament immer und immer wieder einen Pflock zurückstecken müssen.

Solche Presseäußerungen zu überschätzen wäre töricht. Immerhin sind sie Beweise für das Streben der Angelfachen, die europäische Frage, wenn es nicht anders geht, dann ohne Rücksicht auf den französischen Verbündeten zu regeln. Es steht zu erwarten, daß in dieser Hinsicht im neuen Jahre Fortschritte gemacht werden. Vorderhand wird in London über einen Zahlungsausschub oder einer Anleihe für Deutschland verhandelt, damit dieses seinen inneren und äußeren Verpflichtungen einigermaßen nachkommen kann. Dazwischen hinein klingen ernsthafte Vorschläge, die Kriegsschulden hier ganz, dort teilweise zu erlassen. Dazu wird es jetzt nicht gleich kommen. Der Vorschlag wird noch öfters gemacht werden müssen, damit sich die Geister daran gewöhnen, damit sie Zeit haben herauszufinden, daß er einen der notwendigen Wege weist, die Europa aus dem Engpaß bringen. Wenn das Jahr 1922 zur Hälfte geht, wird der zur Stunde gemeinhin noch unfaßbare Gedanke vielen Millionen nicht nur faßbarer, sondern auch glücklicher dünken, daß es das vernünftigste ist, wenn jede Nation sich bei der Wiedergutmachung nicht mehr auf den Nachbarn verläßt, kurz, daß der Versailler Vertrag in seinen wesentlichen Teilen revidiert wird.

Das Jahr 1921 hat die Wirkungen des Versailler Vertrags verallgemeinert. Schädigte der Krieg die feindlichen Länder und bereicherte er die neutralen, so schädigt der Vertrag die einstigen Feinde und Neutralen in gleich starkem Maße. Die verallgemeinernde Wirkung wurde genugsam propheetet. Wie oft ist nicht den Neutralen gesagt worden, daß auch sie den Kriegspreis zu zahlen haben. Wer von ihnen hat das geglaubt? Je weiter sich die feindlichen Völker in der Welt lachten wälzten, je mehr sich die Quellen ihrer Wohlfahrt verschütteten, desto mehr füllten sich die Goldkisten Neutraliens, steigerte sich anscheinend ihre wirtschaftliche und finanzielle Überlegenheit. Die Zunahme der Armut der feindlichen Völker wurde mit Zunahme des Reichstums der neutralen buchstabiert. Wie unfinnig diese Rechnung war, ist im Laufe des alten Jahres aller Welt offenkundig geworden. Die neutrale Schweiz ist heute in schlimmeren wirtschaftlichen Nöten als England, in Holland wird lauter über Krise gellagt als in Belgien, Schweden hat mehr Arbeitslose als Frankreich. Und in den neutralen wie in den Siegerstaaten wird schlaunweg behauptet, daß sie sich in drückenderen Wirtschaftsverhältnissen befinden als das besiegte Deutschland. Daß es trügerischer Schein ist, was diese Meinung gebiert, braucht nicht noch bewiesen zu werden. Immerhin läßt auch diese Behauptung erkennen, daß man auch jenseits der Grenze inne geworden, daß der Weltkrieg nur geschlagene, nur geschädigte, nur an Leib und Gut gestrafte Völker geschaffen hat, aber nirgends welche, die durch Sieg und gleichendes Kriegsgeschäft glücklich geworden.

Diese Erkenntnis verallgemeinernd und unwiderlegbar gemacht zu haben, ist ein Gewinn des alten Jahres. So geringfügig er scheinen mag, er ist dennoch eine wichtige Voraussetzung für die gemeinsame Heilung der Kriegswunden, noch mehr ein Hemmnis für künftige Friedensstörung. Er muß zum Nutzen der internationalen Bewegung für Völkerverständigung, gegen den Militarismus ausschlagen.

Ehe sich die Erkenntnis in Laten mäht, wird es uns freilich noch harte Fehden zwischen Friedensfreunden und Kriegswildern, zwischen Reaktion und Fortschritt, zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse geben. Und gerade das kommende Jahr wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, mit schweren, weltweiten Kämpfen zwischen den Mächten der Vergangenheit und der Zukunft ausgefüllt sein. Das letzte Jahr sah in England, Amerika, Holland und anderwärts die Arbeiterklasse in die Verteidigung ihrer ohnehin nicht fetten Löhne gedrängt; das neue Jahr wird darin nur die Fortsetzung sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die deutsche Arbeiterklasse Verteidigungsstellung beziehen muß. Ihr Feind sammelt Kräfte und Mittel zu einem Vorstoß auf den Achtstundentag, gegen die Betriebsräte, für den Lohnabzug. Dem Vorstoß kann Geschäftslauheit und Arbeitslosigkeit zu Hilfe kommen. Der drohenden Möglichkeit gilt es tühler Blutes entgegen zu sehen; gegen sie heißt es Streitmittel und Streitkräfte beizutreten. Das Vorhandensein einer geschlossenen Front und gefüllter Kriegskasse allein schon wirkt dämpfend auf die Streitmacht des Gegners. Mit wohlberittenem Arsenal läßt sich den Führern des kommenden Jahres getrost entgegensehen.

Im übrigen ist die organisierte Arbeiterklasse Deutschlands in schwerem Kampfe groß geworden. Sie hat den jahrelangen Marisch durch die obrigkeitstaatliche Waffe siegreich vollendet; sie wird auch wohlhalten über das Golgatha hinwegkommen, das ihr der Krieg und seine Fortsetzung, der Frieden geschaffen. Sie wird das neue Jahr beginnen, wie sie das alte vollendet: mit dem festen Entschluß, sich durch nichts am Vormarsch hindern zu lassen.

Erhöhung der Kampfbereitschaft

Sturzfluten gleich wälzen sich die Teuerungswellen durchs Land. Jede neue Welle bringt neues Steigen der Preise und neue Not und Sorgen. Die großen Massen des deutschen Volkes, die arbeitenden Schichten sind die Leidtragenden bei diesem Toben der Kräfte. Wohl gibt es Menschen, die eine feste Fassung über den Kopf haben und denen die steigende Flut keinen ernstlichen Schaden zufügt; aber der größte Teil steht schutzlos und nur durch Selbsthilfe, gestützt auf die Solidarisität mit seinesgleichen, sucht er sich in diesem Verzweiflungskampfe zu behaupten. Gerade ihm macht die steigende Flut den Daseinskampf so schwer.

In den Gewerkschaften haben sich die notleidenden Schichten des Volkes die Hand gereicht, um gewint und geschlossen gegen die Not der Zeit anzukämpfen und den Grund zu legen für eine bessere, gerechtere und edlere Zukunft. Ungleich ist der Kampf, der um die Sicherung des nackten Lebens des Arbeiters tobt. Auf der einen Seite das Proletariat, welches nur seine Macht, bestehend in der Menge und Güte seiner Glieder, in den Kampf werfen kann und auf der anderen Seite die beherrschende kapitalistische Klasse, der die Machtmittel des bürgerlichen Staates, Wehrkräfte, Justiz, bewaffnete Macht, Schule und Kirche für ihre Zwecke zur Verfügung stehen. Und doch kann das Proletariat sich selbst befreien, wenn es Schritt für Schritt in die festen Stützpunkte des kapitalistischen Systems eindringt. Dieser Kampf erfordert Zähigkeit und Ausdauer, soll er erfolgreich beendet werden. Die Gewerkschaften sind berufen, den opferreichen Kampf zu führen.

Deutschland hat den Krieg verloren. Schwere Lasten sind ihm im Frieden von Versailles auferlegt worden. Wir müssen versuchen zu erfüllen, was brutale Gewalt uns auferlegt und was gewissenlose Volkverbrecher verschuldet haben. Die Last ist schwer und kann nur getragen werden, wenn sie auf tragfähige Schultern gelegt wird. Die Reichsleitung ist aber anderer Meinung, sie belastet die schwachen Schultern der Arbeitenden und schon die starken der Bestehenden. So hat sie es bisher getrieben und so beabsichtigt sie es in Zukunft zu halten. Die Arbeiterschichten müssen in erhöhter Kampfbereitschaft treten, wenn sie nicht unglücklich unterliegen wollen. Wieder werden es die Gewerkschaften sein müssen, die sich der Kampfmaßnahmen erwehren, um das Proletariat vor der verhängnisvollen Verelendung zu schützen.

Als Folge des Krieges haben wir die wirtschaftliche Weltkrise. Der gewalttätig unterbrochene Güterausgleich der Völker hat zur vollständigen Zerrüttung des Handels und Warenverkehrs geführt. In dem einen Land ruht Produktion und Handel, da die erzeugten Rohstoffe nicht nach den Bedarfsländern ausgeführt werden können. In anderen Land ruht die Produktion, weil notwendige Rohstoffe nicht gekauft werden können, und in anderen wiederum ruhen Handel und Industrie vollständig, da die Fertigwaren sich in Menge gehäuft haben und von den zahlungsunfähigen Arbeiterschichten nicht gekauft werden können. Die Lasten des Weltkaufes tragen wieder die Arbeiter, sei es als erzeugender oder verbrauchender Teil. Die bestehenden Schichten ziehen auch aus diesem Stand ihren Profit. Noch nie sind die mühseligen Gewinne so reichlich geflossen wie in unserer Zeit der allergrößten proletarischen Not. In Deutschland haben wir jetzt Hochkonjunktur, betriebende Beschäftigung allerwärts. Dieser Zustand entbehrt der gefestigten Grundlage, da er nur die Folge des niederen Standes der deutschen Mark ist. Die deutschen Waren gehen zu Schleudersprüngen ins Ausland, bringen den Unternehmern trotzdem fabelhafte Gewinne, aber dem deutschen Volke gewaltige Preissteigerungen auf dem Inlandmarkt. Auch hier wird es allerhöchste Zeit, daß die deutsche Arbeiterklasse regelnd eingreift, ehe die Arbeiterklasse kraftlos zu Boden sinkt. Gewerkschaften und Betriebsräte stehen hier vor neuen schweren Aufgaben. Schon lauter im Hintergrund erneut das Geipen der Inlanddrift mit den verhängnisvollen Folgen für die Arbeiter durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Gewerkschaften stehen in schweren Gegenwartsämpfen und neue schwere Belastungen der Organisation liegen in der Linie der Entwicklung. Eine erhöhte Kampfbereitschaft ist das Gebot der Stunde.

Die Unternehmer haben aus all den Krisen ihre Vorteile gezogen. Sie haben von ihrem zusammengerafften Segen nicht dem Staate gegeben, was des Staates war. Im Gegenteil: wo es ihnen nur irgendwie möglich wurde, haben sie noch vom Staate gezogen, von Mitteln, die nur von den Steuertröpfchen der Arbeitenden flammten. Zur Festigung ihrer Machtstellung hingegen haben sie bis heute keine Mittel gewendet. Sie haben mit dem Staat vorerhaltenen Mitteln sich mächtige Reserven geschaffen, um in dem ihnen günstig erscheinenden Zeitpunkt den Kampf zu wagen gegen die Arbeiterklasse und deren Kampforganisationen: die Gewerkschaften. Sie haben die Zeitungen aufgekauft, um die öffentliche Meinung gegen die organisierten Proleten aufzubringen; sie besolden eine gewaltige Zahl von Kreaturen, die als Selbe und Spießel die geschlossenen Reihen der Arbeiterklasse zermürben sollen. Sie rufen zu einem gewaltigen Schlag gegen das Proletariat. Jede neue Preiswelle hat ihnen neue Mittel gebracht, die sie für diesen Zweck auswerfen. Das Hereinbrechen der nächsten Wirtschaftskrise dankt ihnen der Zeitpunkt, ihren Willen auf Befestigung des Achtstundentages, Herabsetzung der Löhne in großem Umfang und Befestigung der Rechte der Betriebsräte im Betrieb durchzuführen.

In dieser ersten Zeit gilt es für den Arbeiter geschlossen und entschlossen zu sein. Das dem Unternehmer Vorteil brachte, wurde dem Arbeiter zum Verhängnis. Jede Preissteigerung senkte den Reallohn des Arbeiters; um fast jede Lohnzulage, die auch nur einigermaßen der Teuerung gerecht werden konnte, mußten schwere opferreiche Kämpfe geführt werden. Dadurch wurden die Gewerkschaften schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der reale Wert der zurückgelassenen finanziellen Reserven sank mit jeder Preissteigerung.

331.88105 (43)

BIBLIOTHEQUE
4265v 1922

entwertung. Dies bedeutet eine Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften, die durch die bisher vollzogenen Beitragserhöhungen nicht behoben werden konnten.

„Ein Stundenverdienst dem Verband“

abgenommen sind, hat die finanzielle Festigung der Verbände mit der jüngsten Wahlenfaltung nicht Schritt halten können. Jetzt, wo wir vor folgenreicheren Kämpfen stehen, drängt sich uns die Pflicht der festen Fundamentierung der gewerkschaftlichen Kampfkraften auf.

Die kommende Zeit wird unsern Verband in schwere Kämpfe bringen. Große umfassende Streiks werden zu führen sein, um die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten und darüber hinaus zu verbessern.

Seine wesentliche Schöpfung der Streikunterstützung muß in unserm Verband eingeführt werden, wenn überhaupt noch ein Streik mit Erfolg geführt werden soll.

Die letzte gewaltige Geldentwertung muß durch eine umfassende Beitragserhöhung ausgeglichen werden. Vom Verbandsvorstand und erweiterten Beirat ist eine erneute Beitragsregelung herausgegeben worden, die zum 1. Februar in Kraft treten wird.

Diese Regelung wird es ermöglichen, daß die Kampfkraft unseres Verbandes eine wesentliche Stärkung erfährt, die uns in den kommenden schweren Zeiten hervorragend befähigen wird.

Die Dreigliederung des sozialen Organismus

Der Reformvorschlag Dr. Steiners (Schluß)

Hier haben wir die bürgerlich-christliche Ideologie in Reinkultur. Das ist aber der fundamentalste Irrtum aller Sozialreformer, daß sie glauben, man könne die kapitalistische Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwinden, indem man die Menschen schult und erzieht; indem man sich an ihr soziales Bewußtsein wendet, dabei aber die Ausbeutungsmöglichkeit bestehen läßt.

Das Entscheidende einer Gesellschaft durch Kapital und individuelle menschliche Fähigkeiten ist im geschlossenen sozialen Organismus wie jede geistige Leistung aus der freien Initiative des Tüglers hervorgeht.

Und wenn frage man sich, ob sich bei diesem Wirtschaftswandel ein menschliches Zusammenarbeiten, der Ausgeglichenheit, der Harmonie und der Gerechtigkeit, wird mit einer immer gleichartigen Überlegenheit und Beherrschung der „Arbeiter“ oder des „Proletariats“ über den „Kapitalisten“ und „Bourgeoisie“ zeigen von einer Beherrschung, die zum Zweck führt.

Des Eisens neues Jahr!

Das Eisen spricht:

Mein Leid will geschmiedet sein. Als ich noch schlummerte im roten Gestein, Da habe ich von Bewegung und Form geträumt, Im Gefühl hat mich brausendes Meer umschäumt, Im Gefühl bin als Rad ich wirbelnd gesprungen, Und meine tausend Glieder haben Leben gesungen.

Der Mensch spricht:

Eisen, du bist meine größere Hand, Eisen, du bist mir nahe verwandt, Eisen, deine Träume waren wie meine, Eisen, du und ich sind Wesen aus einem Kelme! Eisen, wir wollen die Zeit bezwingen, Eisen, wir wollen kämpfen und ringen, Eisen, wir wollen Defreier heißen, Das Leben aus den Klauen des „Gestern“ und „Morgen“ reißen! Eisen, wir wollen Gegenwart sein, Das Leben aus Traum und aus Hoffen befreien!

Nähe und einem sozialen Empfinden zu erleben, daß sie ihre Ausbeutungstätigkeit aufgeben, wird ein Geheimnis bleiben. Die Kapitalisten durch geistige und seelische Einwirkung stützlich umzumachen erscheint ebenso aussichtslos, wie wenn man einen Bären zum Grasschnecken erziehen wollte.

Sehr interessant sind die Ausführungen Dr. Steiners über die Stellung der Volksmassen in der heutigen Gesellschaft. Die Volksmassen stehen tatsächlich mit dem innersten Anteil ihres Menschentums nicht in dem Geistes- und Kulturbereich der Gegenwart, das nur von außen an sie herangebracht wird.

Der Arbeiter darf nicht mehr willenloses Werkzeug bleiben in der Hand des Kapitalisten, er darf nicht mehr geistlos und mechanisch seine Arbeit verrichten als Teilstück einer Maschine und einer Nummer im Rollbuche, er soll Wirtschaftssubjekt werden, das heißt, er soll als Persönlichkeit im Wirtschaftsleben stehen, ein Vollmensch, der am Wirtschaftsleben teilnimmt, handelnd und mitbestimmend teilnimmt.

Zur völlig abwegig haben wir die Äußerung Dr. Steiners über die selbstwirtschaftlichen Genossenschaften, die nicht auf dem Gemeinwohl, sondern auf der Bedürfnisdeckung beruhen. Die Behauptung, daß durch eine Entkapitalisierung unserer Wirtschaft ein Umlauf an geistigen und materiellen Gütern entstehen könne, erscheint durchaus unbegründet.

Weil das Kapital nicht nur den Zweck der Produktion dient, sondern auch ein Mittel der Mehrwertzeugung ist, so darf man den beständigen Menschen und Menschengruppen nicht die Möglichkeit geben, mit dem Kapital nach Belieben zu verfahren und zu walten.

kapitalistischen Freiheitsphrasen einer überwundenen Zeit, als ein untaugliches Mittel an einem untauglichen Objekt rundweg abgelehnt werden.

Bei einer gründlichen Durcharbeitung der Steinerschen Programmschrift gewinnt man den Eindruck, daß sie die Probleme des menschlichen Zusammenarbeitens und Zusammenlebens aus dem geistigen, ideellen Gesichtspunkt aus behandelt. Diese Behandlungsweise hat etwas Bestechendes an sich und ihre Wirkung auf die Kreise der sogenannten Intellektuellen ist zweifellos sehr stark.

Wenn wir unser Urteil über das Steinersche Reformprogramm zusammenfassend und abschließend zum Ausdruck bringen sollen, so sagen wir, daß die Dreigliederung des sozialen Organismus eine schöne Theorie ist, die aber in der Praxis nicht durchgeföhrt werden kann.

So wird denn die Dreigliederung des sozialen Organismus eine Gedankenleistung bleiben ohne praktische Bedeutung. Auch dieses System, das wie so viele andere entworfen ist aus dem Stiel der kapitalistischen Mißwirtschaft und aus der Sehnsucht nach einer Besserung des menschlichen Zusammenlebens, wird eine vorübergehende Erscheinung sein, die zeitweilig eine starke Werbestraft entfaltet, aber aber kurz oder lang ins Meer der Vergessenheit versinkt.

Zur Hungersnot in Rußland

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz ersucht um Verbreitung folgender am 13. Dezember in Riga aufgegebenen Forderungen:

Der schwedische Zug mit Lebensmitteln ist glücklich in Sumars angelangt ohne jeglichen Verlust. Die englische Kinderhilfsorganisation, die Quader und die amerikanische Organisation sind mit ihren Erfahrungen bezüglich Eisenbahntransport ganz zufrieden.

Ich erfahre, daß ein Helfersvors Nachricher verbreitet wird, daß die verantwortliche russische Behörde zugibt, daß die vom Ausland in Riga eintreffenden Lebensmittel hauptsächlich unter kommunistische Organisationen und Rotgardisten in Moskau und Petrograd verteilt werden und daß infolge der desorganisierten Transportmittel es unmöglich sei, die spendenden Lebensmittel an Ort und Stelle zu schaffen und den Hungernden zu übergeben.

WELTSCHAU

Brief aus Polen

Der Verbandstag der Metallarbeiter / Liefenlöhne und Mammutpreise

Von Andreas Zeller (Warschau)

Vom 30. Oktober bis 2. November tagte in Krakau der erste Verbandstag des polnischen Metallarbeiterverbandes. Er sollte der Organisation eine feste Grundlage und Richtlinien für seine Tätigkeit geben. Die 24000 Mitglieder waren durch 50 Delegierte vertreten, wozu noch acht Vorstandsmitglieder und die brüderlichen Delegierten von Österreich und der Tschechoslowakei kamen. Auch der internationale Sekretär Kamerad Zsig war erschienen. Die kommunistische Kollegenenschaft war, wenn man die verschiedenen Abstimmungsresultate als Maßstab annehmen darf, mit drei Stimmen vertreten.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß vom österreichischen Metallarbeiterverband 5824, vom tschechoslowakischen Verband 7879 Mitglieder bei der Leitung Schlesiens übernommen wurden. Die Funktionäre übersteigt das anderwärts genutzte Maß um ein Bedeutendes. In der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 1. Januar 1921 sind 61330 Mitglieder eingetreten und nicht weniger als 52914 ausgeschieden. Den oben genannten Mitgliederbestand von 24000 würde der strenge Kasser für zu hoch nehmen, da am 30. Juni 1921 nur 17580, die sich auf 61 Gruppen verteilen, mit ihren Beiträgen auf dem Laufenden waren. Die Gesamtsumme betrug in dem dem 1. Juni 1921 vorausgehenden Berichtsjahr 9664000 (polnische) Mark, die Ausgabe 7742000 Mark, so daß der Kassenbestand sich auf 1922000 Mark belief. Die Wochenbeiträge betragen in den drei Klassen 10, 8 und 5 Mark, sind aber nun auf 30, 20 und 10 Mark erhöht worden.

Der Verband zählt Arbeitslosen, Heiser, Streik- und Gemäßigtenunterstützung. Bei Arbeitslosigkeit und Heise werden nach einjähriger Mitgliedschaft in der ersten Klasse 4200 Mark gezahlt, die sich bei einer fünfjährigen Zugehörigkeit auf 8400 Mark heben. Übersiedelungskosten werden in jedem Fall 3000 Mark gegeben, bei Streiks erhalten die Mitglieder den Tagesbetrag der Arbeitslosenunterstützung. Diese Sätze gelten jedoch erst vom 1. Juli 1922 an, bis dahin noch die alten, niedrigeren.

Um die Zahlungsgeschichte nicht über Gebühr zu verlängern, wollen wir auf die Verhandlungen des Verbandstages selbst eingehen. Aber die Internationale der Metallarbeiter hielt der Schriftleiter Zeller ein Referat, das in der Bekräftigung der Zugehörigkeit zu unserer Weltgemeinschaft ausklang. Der Beitritt war zwar schon vorher vom Vorstand beschlossen worden, es bedurfte indes noch des ausdrücklichen Beschlusses des Kongresses. Die Bekräftigung geschah unter dem jubelnden Beifall der Delegierten. Nur die drei kommunistischen Stimmen, die sich für Moskau aussprachen, stimmten dagegen. Über die Taktik der Gewerkschaft sprach der Hauptsekretär Topinel, der von einer Anzahl Delegierten auf der Bühne abgelöst wurde. Die Aussprache fand ihren Schluß in der einstimmigen Annahme einer Entschließung, die unter anderem fordert: Gefällige Schaffung von Betriebsräten, Erweiterung des Arbeiterschutzes, Bezahlung von Urlauben und Arbeiterkammern. Ein Gesetz über die Bezahlung des Urlaubs ist von der parlamentarischen Kommission für soziale Fürsorge schon mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Im weiteren verurteilt die Entschließung die wilden Streiks, die fortan weder gutgeheißen noch unterstützt werden sollen und bedroht alle Mitglieder oder Gruppen, die gegen das Statut verstoßen oder im Sinne der 3. Internationale wirken, mit rücksichtslosem Ausschluß.

Aber Sozialisierung der Industrie und das Betriebsrätenwesen erstattet der Vorsitzende des polnischen Gewerkschaftsbundes Zukowski Bericht. Der größte Teil seiner Rede war dem Fortschritt auf diesem Gebiete, der im Ausland gemacht, gewidmet. Dadurch, daß anderwärts Betriebsräte und Gewerkschaften im innigen Einklang gearbeitet hätten, seien beide beträchtlich gestärkt worden, ja der Aufschwung mancher ausländischen Gewerkschaften sei nicht zum wenigsten auf die gute Betriebsräteorganisation zurückzuführen, ganz abgesehen davon, daß diese Erklärliches in der Schulung der Arbeiter für ihre künftige wirtschaftliche Aufgabe geleistet hätten. Die ausländischen Beispiele hießen auch für Polen ein Betriebsrätegesetz nachdrücklich fordern. Eine entsprechende Entschließung fand einstimmige Annahme.

Dem Verhandlungsbericht seien noch einige Angaben über Lohnbewegungen und deren Ergebnisse angefügt. Es sei gleich gesagt, daß die Aufstellung der Streiks nicht vollständig ist, da es an genügendem Verständnis für die Nützlichkeit einer solchen Aufstellung bei vielen Beamten fehlte, oder es mangelte an Personal für solche Arbeiten. Im Jahre 1919 konnten 41 Verträge, 1920: 77, 1921 (bis 30. August) 67 ohne Streik abgeschlossen werden. Dagegen waren 1919: 5, 1920: 18, 1921 32 Streiks mit 492, 2498 und 36936 Teilnehmern zur Abschließung von Verträgen nötig.

Wir haben in Polen, wie es scheint, den Höhepunkt der Preissteigerung überschritten. Denn vom 1. Oktober an begann eine Steigerung der Kaufkraft der polnischen Mark. Die Preise der Lebensmittel, besonders der Kleidungsstoffe sind bis zu 30 Prozent gesunken. Nun kommen aber auch gleich die Unternehmer mit dem Lohnabbau. Bis jetzt haben sie zwar damit noch kein Bild gehabt, allein mit der Besserung der polnischen Valuta setzt auch die Krise ein. Arbeitslosigkeit und Betriebsbeschränkungen haben begonnen. Zwischen Regierungsstellen, Unternehmervereinigungen und Gewerkschaften haben Konferenzen zur Beschwörung der Krise stattgefunden. Ob die da getroffenen Maßnahmen ihren Zweck erreichen, muß natürlich abgewartet werden.

Außer Warschau und einigen andern Industriestädten erhalten die Arbeiter billigere Lebensmittel, Kleider, Schuhe und Kohlen von den Betrieben. Fernausprechend sind dort die Löhne niedriger. Wo Waren nicht geliefert werden können, muß der volle Lohn ausgezahlt werden. Um diese Sache besser zu veranschaulichen, seien einige Angaben aus dem Lohnvertrag des Haupttagesbezirks hierher gesetzt.

Der Mindestlohn der gelehrten Leute schwankt zwischen 82 und 117 Mark pro Stunde, der der Hilfsarbeiter zwischen 51 und 76 Mark. Außerdem erhält der Verheiratete monatlich (in runden Summen und immer in polnischer Mark) 49 Kilo Kartoffeln zu 1 Mark das Kilo, 24 Kilo Mehl zu 12 Mark das Kilo, 1,92 Kilo Fett zu 30 Mark das Kilo, 2,34 Kilo Zucker zu 10 Mark das Kilo, 4 Kilo Fleisch zu 20 Mark das Kilo, 1,6 Kilo Salz zu 1 Mark das Kilo, dazu noch unentgeltlich 300 Kilo Kohle und 4 Kilo Petroleum. Weiter bekommt der Familienwater (mit zwei Kindern) jährlich einen Sonntagsgang für sich und einen für ein Mitglied der Familie, einen Arbeitsgang, einen Wochenang,

Sonntagswäsche für sich und die Familie, zwei Paar Arbeitsschuhe und drei Paar Schuhsohlen. Für die Frau im besonderen eine Wochenzulage von 250 Mark. Für all die genannten Waren hat der Arbeiter sich 2745 Mark abzuleihen zu lassen, den Rest der Kosten, das sind 15555 Mark, begleicht der Betrieb.

Diese Lieferungen wurden im Vertrage vom 10. November 1920 festgelegt. Am 2. Juni 1921 ist der Wert dieser Lieferungen um 150 Prozent erhöht worden. Da aber die Betriebe dieses Mehr an Waren nicht zu liefern vermögen, wird es den Arbeitern in bar ausgezahlt. Gleichzeitig wurden die Mindestlöhne um 45 Prozent hinaufgesetzt. In Stillarbeit stellt sich der Verdienst bedeutend höher.

In Warschau ist der vertraglich festgelegte Mindestlohn für den gelehrten Mann mit der Feuerungszulage vom 1. Oktober 1921 ab 1630 Mark, für den Hilfsarbeiter 1373 Mark, für die verheiratete Arbeiterin 1160 Mark, für die ledige 911 Mark pro Tag.

Von der Niesigkeit der Teuerung kann man sich erst einen Begriff machen, wenn man weiß, daß vom ersten Vertragsabschluß mit dem Industriellenverband, das ist vom 6. Mai 1921 bis heute, die Mindestlöhne um 415 Prozent entporgeschossen sind. Es gibt Metallarbeiter, die heute 2500 Mark in achtstündiger Arbeit und zwischen 2500 und 3000 Mark im Allford verdienen. Leitungsleiter und Gerber erreichen noch höhere Sätze. Die Warschauer Lohnsätze gelten auch in Krakau, in andern Provinzstädten sind sie natürlich niedriger, aber doch ist auch die Teuerung geringer. Als das Gebiet mit den schlechtesten Löhnen steht Lublin-Radom obenan, wo die Kommunisten die Oberhand haben und aus denen die drei einzigen kommunistischen Vertreter zum Verbandstag kamen.

Mit der Lohnsteigerung allein kann man sich noch keine richtige Vorstellung von der Lage der polnischen Arbeiter machen, wenn man nicht auch die Steigerung der Lebensmittelpreise kennt. Für diese der Kürze halber nur einige Zahlen:

Das Kilogramm kostete am	30. Juni 1921	30. Juni 1920	30. August 1921
Kornbrot	28	4	110
Weizenmehl	40	6	200
Kartoffeln	10	1,70	85
Zucker	96	9,50	1100
Butter	3	70	1350
Speck	2	77	1100
1 Zeitung	08	10	15
Rasierer und Haarschneiden	1	40	200
Winterrod mit Watte	70	6000	24000
Sonntagsgang	60	4000	22000
Hemd	3	140	2500
1 Paar Schuhe	14	250	16000

Wie schon gesagt, hat im Oktober der Preisrückgang eingesetzt. Kurzzeit stocher der Handel, die Verbraucher warten auf weitere Verbilligung. Freilich hat mit dem Preisrückgang auch ein Sinken des Beschäftigungsgrades begonnen, der vornehmlich in der Textilindustrie überhand nimmt. In der Metallindustrie mögen es bis jetzt 8000 Arbeitslose sein, während eine Anzahl Betriebe nur drei Tage die Woche arbeiten.

Trotz der trübten Aussicht hoffen wir, der kommenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Unser Verband ist die erste Gewerkschaft Polens, die ihre Einrichtung und Taktik nach dem Muster der Bruderverbände des Westens umgewandelt hat. Wir glauben, daß auch dies dazu beiträgt, das Verhältnis zu den ausländischen Bruderverbänden inniger zu gestalten.

Der Zustand in Holland

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Bei Kriegsausbruch waren von den 70 bis 80000 Metallarbeitern Hollands an die 16 v. H. organisiert, und zwar 6000 in unserm Verband, der Rest verteilte sich auf vier andere Organisationen. Während des Krieges wuchs die organisierte Metallarbeiterenschaft beträchtlich an. Am 31. Dezember 1918 zählte sie 37000, mooon über 18000 auf unsern Niederländischen Metallarbeiterverband, 9000 auf die Merikale, 5000 auf die christliche, 2000 auf die syndikalistische und 1000 auf die neutrale (etwa Christ-Daundersche) Organisation fallen. Freilich stärkten sich auch die Unternehmer durch engeren Zusammenstoß. Eine Anzahl Metallindustrieller gründete das Normalisierungsbureau, aus dem die Arbeitgeberkommission für kollektive Arbeitsverträge und schließlich der Unternehmerverband De Metaalbond hervorging. Er vereinigt heute 144 Fabrikanten, die zusammen 43000 Leute beschäftigen.

Lähend des Jahres 1918 fanden auf Einladung der Arbeitgeberkommission Verhandlungen über ein Kollektivabkommen statt. Zu einem zufriedenstellenden Ende ist man jedoch nicht gekommen, besonders deswegen nicht, weil die Fabrikanten einen Mindestlohn grundsätzlich ablehnten. Der von ihnen vorgeschlagene durchschnittliche Stundenlohn wurde von den Arbeitervertretungen nicht angenommen. So veruchte denn der Arbeitgeberverband die von ihm gemachten Vorschläge selbstherrlich zu verwirklichen. Die Folge davon war der allgemeine Streik in Amsterdam im Februar 1919. Wenn dieser Zustand auch nicht den vollen Erfolg brachte, so wurde immerhin der von den Arbeitgebern angebotene durchschnittliche Stundenlohn von 40 auf 60 Cent erhöht, dazu der Achtstundentag und ein Überstundenzuschlag erungen. Und was das Wichtigste war, die Erwerbslosen wurden in einem für das ganze Land geltenden Abkommen festgelegt.

Das Abkommen hat indes nicht länger als ein Jahr gezoiten, weil es oft durchbrochen oder willkürlich angewendet wurde und die Arbeiterorganisationen nicht in stande waren, es landweit zu überwachen. Von ihm blieb in der Hauptsache der (auf 70 Cent gestiegene) Stundenlohn bestehen.

Im Mai 1921 beschloß nun der Arbeitgeberverband, den Lohnsatz von 10 bis 20 v. H. zu kürzen. Für die Arbeiter war es selbstverständlich, daß sie eine solche Verschlechterung ihres Einkommens nicht wortlos hinnehmen durften, zumal dadurch weder die Arbeitslosigkeit vermindert, noch der deutsche Wettbewerb aus dem Felde gedrängt werden kann. Wenn auch zugestanden werden kann, daß die wirtschaftliche Lage für die Unternehmer nicht gerade günstig ist, so stellen sie, die vier letzte Jahre hinter sich haben, gute Gewinne erzielt und hohe Dividenden anhäufen konnten, sich immer noch viel besser als die Arbeiter, die immer von der Hand in den Mund leben. Der Lohnabbau, das heißt die Verminderung der Kaufkraft der Masse, ist für das Unternehmertum nicht dringlich, für die nationale Wirtschaftstätigkeit aber überaus schädlich. Das wird wohl auch der Arbeitgeberverband zugeben. Allein in ihm haben offenbar die reaktionärsten Elemente die Oberhand erhalten, die sich an den Arbeitern rächen, von diesen zurücknehmen wollen, was sie ihnen durch die Gewerkschaften abgerungen haben. Die Unter-

nehmer glauben die wirtschaftliche Regenzzeit günstig für einen Streich gegen die organisierte Arbeiterschaft. Nach der Formel des Herrn im Hause erklären sie, wer den angetragenen Lohnabbau nicht annehme, sei als entlassen zu betrachten.

Laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes sollte am 15. Oktober ortswweise mit dem Lohnabbau, der 10 v. H. für die großjährigen und 15 v. H. für die minderjährigen Arbeiter beträgt, begonnen werden. In 15 Städten führten die Fabrikanten ihren Vorstoß durch, indem sie ihren Leuten mitteilten, daß am 31. Oktober der Abbau in Kraft tritt. Wer ihn ablehne, sei als entlassen zu betrachten. Die Verschlechterung war ohne jede Besprechung mit den Gewerkschaften vorgenommen. Für die Arbeiter konnte es nichts anderes als entschiedenen Widerstand geben. Sie traten in acht von den angeführten Städten, nämlich in Rotterdam, Schiedam, Dordrecht, Utrecht, Deventer, Apeldoorn, Amersfoort und Hilversum in den Streik. Etwas mehr als 15000 Arbeiter sind daran beteiligt, davon sind 8000 organisiert, 5000 in unserm Verband. Von den 15000 Streikenden fallen auf das hochindustrielle Rotterdam allein 10000; ihm folgt in weitem Abstand Dordrecht mit etwa 2000 Streikenden. Insgesamt sind 68 Unternehmungen stillgelegt.

Unmäßig zu sagen, daß der Ausgang des Streiks für die holländischen Metallarbeiter von einer Bedeutung ist, die schwerlich überschätzt werden kann. Denn von ihm hängt es ab, ob der Lohnabbau auf der ganzen Linie weiter betrieben wird und dann auch, ob die Unternehmer selbstherrlich, ohne Verstärkung mit den Gewerkschaften, Änderungen der Arbeitsbedingungen diktieren können. Das gilt nicht bloß für die Metallarbeiter, sondern auch für alle übrigen Gewerbe. Es ist daher verständlich, daß alle Gewerkschaften die Metallarbeiter nach Maßgabe ihrer Kräfte und Mittel unterstützen.

Die holländischen Arbeitgeber haben versucht, ihre Aufträge im Auslande ausführen zu lassen. Es sind Schiffe nach Hamburg und Antwerpen zur Herstellung gelandt worden. Dank der Solidarität der dortigen Arbeiter ist der Plan der Unternehmer gescheitert. Wir danken unseren Kameraden in Hamburg und Antwerpen für ihre brüderliche Hilfe. Da das Ausland versagt, trachten die Unternehmer im Inland Streikarbeit unterzubringen. Die betreffenden Arbeiter sind lieber in den Streik getreten, als ihren Kameraden in den Rücken zu fallen.

Englische Schifffahrt für Deutschland

In der Daily News vom 17. Dezember wird berichtet: Die britische Admiralität hat einen Kontrakt für das Verleihen einer Anzahl britischer Kriegsschiffe in Deutschland unterzeichnet. Diese Mittelkraft wurde geteilt im Unterhaus von dem Sekretär der Admiralität, dem Oberleutnant A. M. G. gemacht. Er erklärte, der Kontrakt mit Deutschland sei erst gemacht worden, nachdem alle Anstrengung, die Arbeit in England tun zu lassen, vergeblich gewesen sei. Die englischen Einrichtungen zum Ausleihen von Kriegsschiffen seien für die nächste Zeit vollständig in Anspruch genommen, dies dadurch, daß die Admiralität in den letzten Monaten die der Herstellung gemehrten Schiffe verschiedenen britischen Werften ausgestellt habe, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Admiralität ist an mehrere Werften herangetreten mit der Frage, ob sie nicht den Schiffabbruch übernehmen wollten. Sie haben indes abgelehnt mit der Begründung, daß sie mit solcher Arbeit überhäuft seien. Gegenwärtig sind in England schon über eine Million Tonnen von überalterten Schiffen im Abbruch. Nach einem kürzlich in Westfalen bekannt gewordenen Bericht sind sechs Schiffe für die deutschen Werften bestimmt.

Dänische Arbeitslosigkeit und Vertragsfindung

Der Dänische Schmiede- und Maschinenbauer-Verband hat 82 v. H. Arbeitslose. Am 1. Oktober hatten sich in Kopenhagen 8708 Mitglieder arbeitslos gemeldet, in der Provinz 8608. Am 12. November war die Zahl der Arbeitslosen in Kopenhagen auf 4170 gestiegen. Für die Provinz lagen die genauen Zahlen noch nicht vor, aber unser dänisches Brudersblatt schätzt die Gesamtzahl der arbeitslosen Kollegen auf über 9000, für die dänischen Schmiede und Maschinenbauer schon eine beträchtliche Zahl. Unser dänisches Brudersblatt bemerkt dazu in seiner Novembernummer: Wir haben damit einen Umfang der Arbeitslosigkeit erreicht, wie wir ihn früher noch nie gehabt haben und die dänische Allgemeinheit wird nicht drum herumkommen, daß etwas ernstliches getan wird. Zunächst und vor allem muß das Gesetz über die Unterstützung der Arbeitslosen, das am 1. Dezember bekanntlich abzuft, erneuert werden. Wir möchten die Regierung sehen, die in einer Lage wie diese wagen dürfte, die Hilfe für die große Masse zu schwächen, die sich unverschuldet in der Erwerbslosigkeit befindet. Neben der Arbeitslosenunterstützung, die sowohl auf den Arbeitslosen wie auf den Arbeitenden schwer lastet, nicht zum mindesten im Zusammenhang mit den Lohnherabsetzungen, ist die Frage der Inanspruchnahme von Arbeitslosen im Augenblick die dringendste.

Das Ministerium des Innern hat am Ende des Oktobers einen Ausschuss eingesetzt, der Vorschläge für den Zustand der Arbeit zu machen soll. Die Behandlung der Sache im Reichstag geht jedoch langsam und unentschieden vor sich und während die Industriellen schnell fortschreiten, vergeht doch die Zeit in Auseinandersetzungen darüber, ob die Hollandsarbeiten zu tarifmäßigen oder zu herabgesetzten Löhnen gemacht werden sollen.

Am 21. Oktober haben der Schmiede- und Maschinenbauer-Verband und der Formerverband den dänischen Gewerkschaftsbund umfassende Zusammenfassungen darüber zugeandt, was nach ihrer Meinung geschehen könne, um Arbeit zu verschaffen. Namentlich den Staatsbahnen fehlt es an Material, dessen baldige Anschaffung Tausenden Arbeit geben würde. Weitere Arbeit wäre in den Werkhallen für Meer und Flotte ausfindig zu machen. Die Lokomotivfabrik in Aarhus und die Fabrik „Scandia“ in Randers könnten erweitert werden, wenn die Regierung nur wollte. Trotzdem mache die Regierung große Einkäufe im Ausland und der Großhandel nehme keine Rücksicht darauf, daß er mit der Einfuhr aus Deutschland und anderen Ländern noch weiter dazu beiträgt, die Industrie stillzulegen. Die große Automobilfabrik von Ford in Amerika sendet die einzelnen Teile nach Dänemark und läßt dort Automobile zusammenlegen und die dänischen Automobilfabriken sieben nunmehr vor, die eigenezeugung aufzugeben und sich nur auf den Handel zu legen.

Im Oktober hielt der dänische Unternehmerverein seine Generalversammlung ab, wo er beschloß, eine große Tätigkeit zur Herabsetzung der Löhne und zur Verlängerung der Arbeitszeit zu entfalten. Zugleich wandte er sich scharf gegen die Arbeitslosenversicherung. Unsere dänischen Kollegen werden bald die Wirkung dieses Beschlusses am 16. Oktober kündigte die Abteilung für die Eisen- und Metallindustrie sämtliche Verträge in den zugehörigen Berufen, nicht nur die Mantelverträge, sondern auch die sogenannten organisierten Verträge, Werkstattpreislisten, Akkordlisten usw. Man richtete die Abfindung nicht nur an die Verbände, sondern auch an die Werkstatthubs (die Zusammenfassung der organisierten Arbeiter in den einzelnen Betrieben) und sogar an die einzelnen Arbeiter in solchen Betrieben, wo sich keine Klubs befinden. Unseren dänischen Kollegen ist es ja mit Hilfe ihrer guten Gewerkschaften bis jetzt gelungen, die Löhne noch leidlich hochzuhalten; auch steht es noch nicht danach aus, daß es gelingen wird, in den Achtstundentag Fresse zu legen. Soweit wie die Lohnherabsetzung sich mit einer Herabsetzung der Preise für die notwendigen Lebensmittel begründen läßt, wollen die dänischen Gewerkschaften sich ihr nicht widersetzen. Die Unternehmer wollen die gegenwärtige Arbeitslosigkeit aber ausnutzen, um von den Arbeitern darüber hinaus noch weitere Zugeständnisse zu erlangen. Da

Sozialistische Preispolitik

Von Otto Neurath, Wien

In diesem Aufsatz wird ein ebenso schwieriges wie ungelöstes Problem der sozialistischen Wirtschaft berührt...

Wie werden in der sozialistischen Gesellschaft die Preise bestimmt und wie sollen wir vor Verwirklichung des Sozialismus Preispolitik im sozialistischen Sinne treiben?

In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Preise im unserem Sinne. Sie ist Produzent und Konsument in einer Person. Sie produziert und verteilt. Ein Teil des Gesamtproduktes dient neuer Produktion als Produktionsmittel...

Nach sozialistischen Grundsätzen kommt ihnen keine höhere Lebenshaltung von vornherein zu. Wer als Arzt, als Ingenieur wirken kann, ist mit soviel Freizeithilfen ausgestattet, als der Bergarbeiter...

Auf den Einzelnen entfällt so ein bestimmter Anspruch auf Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildungsmöglichkeiten, Vergütungen usw. Wird jedem von vornherein genau zugeteilt, was er erhalten soll?

Wenn Wirtschaft innerhalb bestimmter Grenzen gegeben ist, kann im Falle eintretenden Mangels an einem Gegenstande verfügt werden; das dieser Gegenstand nunmehr nur in geringerer Menge als Ersatz für einen zweiten hergegeben wird...

Wesentlich ist natürlich, über welche Macht man verfügt, ob der Einfluß groß, wird man den Versuch machen, auf dem Wege der Preispolitik die Einkommensunterschiede auszugleichen...

Sehr oft wird von Sozialpolitikern der Arbeiterpartei, aber auch von Sozialisten anderer Richtung der Grundsatz vertreten, jeder Bürger einer kommunistischen Verwaltung müsse sich selbst erhalten...

Was wir aber hier von Gas und Elektrizität gesagt haben, gilt von allen Produktionszweigen. Soll man wirklich die Stromabpreise scharf ansteigen lassen, die Preise für Elektrizitätsbeleuchtung nur langsam erhöhen...

Wir sehen ja überhaupt, daß eine Preispolitik innerhalb der heutigen Ordnung immer nur ein Lasten ist, das keinen durchschlagenden Erfolg erzielen kann...

Es würde der Klarstellung sehr gebietet sein, wenn sich Genossen fänden, welche in aller Kürze sich zu diesen mehr programmatischen Ausführungen äußern wollten...

Gesamtumbau der Sozialversicherung

Unsere Sozialversicherung hat sich zu einem undurchdringlichen Dickschiff von Gesetzen, Verordnungen, Novellen und Bekanntmachungen ausgewachsen...

Der Teil der Sozialversicherung, welcher noch am günstigsten steht, ist die Krankenversicherung. Dieses hat seinen Grund darin, daß die Krankenkassen einen Reservefonds ansammeln müssen...

Die Geldleistungen der Krankenkassen sind zu erhöhen, um der Geldentwertung und der damit verbundenen Minderkung der Kaufkraft zu begegnen...

Bei einer erheblichen Herabsetzung des Grundlohns steigert sich auch die Vertragslast. Aber diese Lasten müssen getragen werden, denn die Versicherungen haben ein Recht auf angemessene Leistungen...

Ein anderer, nach § 184 R.G.B. sind die Krankenkassen berechtigt, in bestimmten Fällen ihre Mitglieder zur Krankenkassenbehandlung zu verpflichten...

Das neue Sterbegeld ist folgendes zu legen. Nach den geltenden Bestimmungen ist es den Familien möglich, das Sterbegeld als Mehrleistung auf den Ehepartner zu übertragen...

Als Mehrleistung kann das Krankengeld auch für Sonn- und Feiertage gegeben werden. Diese Kannleistung müßte in eine Regelleistung umgewandelt werden...

Auch die Familienhilfe müßte zu einer Regelleistung ausgebaut werden, wenigstens insofern, als ärztliche Behandlung im Betracht kommt...

Eine weitere bedeutsame Frage ist die, ob die Krankenkassen nicht dahin drängen, in Großstädten Kassenapotheken einzurichten. Bei gemeinschaftlichem Betriebe von Apotheken durch Krankenkassen...

Was mehr Zentralisation in der Sozialversicherung möglich ist, ein Umbau der Reichsversicherung ins Auge gefaßt werden. Es ließen sich Invaliden-, Alters-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung gut zusammenfassen...

Änderung des Steuerabzugs

Von Arbeitersekretär Heinz Feldmann

In seiner letzten Nachprüfung vor Reichsrat hat der Reichstag noch in zweiter und dritter Lesung den Gesetzesentwurf betreffend die Änderung des Einkommensteuergesetzes...

Handelt es sich um die Einkommensteuerpflichtigen (E.S.G.) folgende Fassung: Steuerant. Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angelegenen 50000 M. (bisher 24000 M.) 10 von 100...

Für das zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind ermäßigt sich die Einkommensteuer weiter um jährlich 500 M. oder monatlich 40 M. wöchentlich 7,20 M. täglich 1,20 M. und für jede Stunde um 10 P.

Table with 2 columns: Steuerbetrag and Steuerabzug. Rows include: 10% Abzug gleich, nach dem alten Gesetz ab, zahlende Steuern.

Table with 2 columns: Steuerbetrag and Steuerabzug. Rows include: 10% Abzug gleich, Zulässige Abzüge, zahlende Steuern.

Vor allem müssen wir die Forderung immer wieder erheben, daß die Finanzverwaltung so schnell wie möglich auch die übrigen Einkommenssteuern, wie Körperschaft-, Gewerbesteuer, Kreissteuer usw. zur endgültigen Einkommensteuer veranlagt und diese dann auch ihre Steuern entrichten müssen.

Die Sitzung des erweiterten Beirats

Am 20. und 21. Dezember tagte zu Stuttgart der erweiterte Beirat. Es war dies die erste Sitzung der nach dem Jänner-Verbandsstages gewählten Mehrzahl. Auf der Tagesordnung stand:

1. Situationsbericht,
2. Erhöhung der Beiträge und der Unterstüßungen,
3. Verwirklichung der Forderungen

Als Vertreter aus den Bezirken waren anwesend:

- Berlin:** Karl Seidl (Berlin), Franz Koch (Berlin N.), Adolf Holz (Berlin N. O.).
- Miesfeld:** Heinrich Serrentrup (Miesfeld).
- Brandenburg:** Ernst Hinterlach (Mittenverda i. Sach.).
- Breslau:** Franz Karger (Kattowitz), Fritz Karl (Neufahr a. O.).
- Bresden:** Rich. Leichgräber (Breszen), Kurt Strobel (Chemnitz-Kappel), Richard Gentsch (Zwickau).
- Essen:** Kurt Matthies (Jena), Friedrich Wall (Saalfeld a. S.).
- Essen:** Wilhelm Steinhilber (Essen), Otto Frisch (Witten a. R.).
- Frankfurt:** Fritz Jiegler (Weglar), Nikolaus Kölsch (Frankfurt a. M.), Hugo Konrad (Hanau a. M.).
- Hagen:** Walter Dellingerhaus (Gersdorf), Wilhelm Michelhaus (Hagen), Robert Fischer (Erdemscheid).
- Halle:** Fritz Donath (Dessau), Hans Pennig (Merseburg).
- Hamburg:** Hermann Kempens (Hamburg), Max Landgraf (Bremerhaven), Friedrich Böttcher (Hiel).
- Hannover:** Franz Fenske (Hannover), Wilhelm Bringmann (Hannover).
- Köln:** Johann Bödler (Köln), Paul Fleischer (Stegburg).
- Münster:** Ernst Vogel (Gibing).
- Nürnberg:** Karl Bernhauer (Nürnberg), Georg Umrath (Nürnberg).
- Stettin:** Erwin Volland (Stettin).
- Stuttgart:** Ernst Reichle (Weisingen), O. Schulenburg (Karlsruhe), H. Fischer (Ludwigsweiler).

Außerdem anwesend sämtliche Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder, vom Ausschuss Robert Weisig, von der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung Kummer und Paas.

Der erste Sitzungstag.

Die Sitzung eröffnet die Sitzung und führt zum ersten Punkt der Tagesordnung über den Bericht:

Der Leipziger Betriebsrat hat gezeigt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband auch in den Wirtschaftskrisen begriffen hat, was für das Proletariat notwendig ist. Die günstige Konjunktur des letzten Halbjahres hat bis jetzt angehalten; wir müssen uns jedoch betonen auf eine absteigende Linie einrichten. Nebenher geht auf die wachsende Leertung des letzten Vierteljahres ein und die dadurch verursachten Lohnkämpfe. Er bespricht ferner die ersten Erscheinungen in diesen Kämpfen und die Berücksichtigung in den Rundschreiben des Vorstandes. In ausführlicher Weise geht Redner auf die Tarifpolitik des Verbandes ein und auf die Maßnahmen, die in den nächsten Monaten zu treffen sind. Im Verlauf seiner Ausführungen kommt Redner auf die 10 Punkte des A.D.G.B. und des Afa-Vorstandes zu sprechen und auf die kürzlich erfolgte Stellungnahme des Ausschusses des A.D.G.B. zu diesen zehn Forderungen. Es geht nicht an, diese Forderungen nur als Richtlinien zu betrachten. Sollen die über 85 Millionen Mitglieder des A.D.G.B. und Afa-Bundes hinter die 10 Forderungen stehen, so muß dies auch in aktiver Weise und Ausübung der gewaltigen Kräfte dieser organisierten Massen geschehen, und zwar in planvoller, gleichzeitiger Forderung der Organisationen. Falls es zu erklären, daß es nun in erster Linie Sache der politischen Parteien ist, die Forderungen durchzusetzen. Wir müssen unseren Kollegen gegenüber zum Ausdruck bringen, daß die Massen auf dem Boden der striktesten Disziplin stehen müssen, daß wir dann aber auch fordern, daß die gewählten Gewerkschaften für die 10 Forderungen eintreten.

Redner bespricht weiter das Gebiet der Sozialpolitik. Den Wünschen der Regierung, in bezug auf die Erwerbslosenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, das ledigliche Pflichtbeiträge für eine kommende Arbeitslosenversicherung, muß entgegengetreten werden. Das gleiche gilt gegenüber dem § 55 der vorgeschlagenen Schlichtungsordnung, der den Arbeitern die schwersten Fesseln auferlegen will. Der Ausschuss des A.D.G.B. hat sich in diesen Fragen der von uns mit allem Nachdruck verfochtener Auffassung angeschlossen und jegliche Zwangsmaßnahmen und Strafen, wie sie § 55 der Schlichtungsgeordnetes vorschreibt, abgelehnt.

Der A.D.G.B. beschließt den Bau eines Bundeshauses, die Errichtung von Bezirkssekreteraten u. a. für das erste Halbjahr 1922 wurde für den A.D.G.B. die Erhebung besonderer Ertragsbeiträge beschlossen. Das befreit den Metallarbeiter-Verband in starkem Maße. Leider müssen wir hierbei erkennen, daß die Kursticker der vom Metallarbeiter-Verband mit aufzubringenden großen Summen in erster Linie solche Organisationen sind, die es ablehnen, sich zu Industriearbeiterorganisationen zusammen zu schließen. Der Metallarbeiter-Verband will nicht Millionen ausbringen, um die heute noch vorhandenen vielen kleinen Organisationsgebilde und ungelunden Gewerkschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten.

Redner berichtet über die Grenzstreitigkeiten namentlich mit den Schweizern und den Maschinen- und den Eisenbahner-Verband. Der Eisenbahner-Verband hat sich namentlich bereit erklärt, zuzugeben, daß der Metallarbeiter-Verband an allen Forderungen und Tarifverhandlungen, die für die Eisenbahnwerkstätten in Frage kommen, teilnehmen kann.

Dhmann ersucht, dieser Verständigungsabstimmung zuzustimmen, wenn sie auch die Unterzeichnung des Tarifes als selbständiger Tarifvertrag mit den D.V.B. nicht vorsehe.

Die Internationale der Metallarbeiter ist in einer schwierigen Situation. Fast in allen internationalen Verbänden werden Kämpfe gegen Lohnabzug geführt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist bei dem unglücklichen Stand der Valuta leider außerstande, in nennenswertem Maße mit Geldmitteln zu Hilfe zu kommen, was aus diesem zu bedauern ist.

In der Diskussion weist zunächst Wolf (Essen) darauf hin, daß bei der Tarifpolitik des Verbandes die Konzerne besonders im Auge gehalten werden müssen. Er erwähnt weiter das Bestreben der Arbeitgeber, den Lohnabstand der gelernten und der ungelerten Arbeiter durch soziale Zulagen zu vergrößern.

Kummer (Stuttgart) wendet sich gegen die Absichten des Gewerkschaftsbundes, die Durchführung der 10 Forderungen den politischen Parteien zuzuschreiben. Bei der vorhandenen Spaltung haben diese nicht die Macht, die Forderungen durchzusetzen. Die Macht ruht vornehmlich in den Händen des Gewerkschaftsbundes, die dieser ausdrücklich für seine 10 Forderungen einzusetzen hat.

Schulenburg (Karlsruhe) bezieht sich auf die Fortnächigkeit der Unternehmer, daß bei Tarifbewegungen auf zentraler Grundlage etwas zu erreichen ist, und erklärt die Maßnahmen, die vom Metallarbeiter-Verband bei etwa eintretender Krise ergriffen werden müssen. Vom Staat und von den Gemeinden muß gefordert werden, daß sie eine Unterstützung zahlen, die zum Leben ausreicht. Auch sollten wir versuchen, mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen über die Frage der Unterstützung der Erwerbslosen zu verhandeln.

Reichle (Weisingen) erörtert die Maßnahmen, die zur Durchsetzung von Industrieverbänden getroffen werden müssen. Redner bespricht die Spannung der Löhne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern und betont am Schluß seiner Ausführungen, daß der Metallarbeiter-Verband den größten Nachdruck hinter die Forderungen des A.D.G.B. setzen muß.

Kölsch (Frankfurt a. M.) wirft die Frage auf, ob Vorstand und Ausschuss des A.D.G.B. Furcht haben, ihre Worte in die Tat umzusetzen. Nur durch Taten können die Kollegen zusammengehalten werden.

Donath (Dessau): Die 10 Forderungen des A.D.G.B. dürfen nicht nur Propagandamittel sein; sie sind der Übergang zu einer anderen Gewerkschaftspolitik. Bei ihrer Verschiedenartigkeit müssen Zeit- und Konjunkturbedingungen berücksichtigt werden. Unter Verhältnissen müssen wir danach einschreiten, ob die Möglichkeit vorliegt, einige der Punkte im jetzigen Moment durchzuführen.

Daß die Unternehmer die Spannung zwischen den Löhnen der Gelernten und Ungelernten vergrößern wollen, ist begründet; denn die Unternehmer haben das Interesse, trennend zu wirken.

Wir müssen eine besondere Lohnpolitik betreiben; die Betriebsräte müssen dazu herangezogen werden. Zu Betriebsräten sind nur die tüchtigsten Kollegen zu wählen. Ein Betriebsratsvorsitzender sollte die gleichen Kenntnisse haben wie ein geschulter Gewerkschaftsangehörter. Eine gut ausgearbeitete Lohnpolitik über das ganze Land nur und bringen not.

Matthies (Jena): Die jetzige Stellung des A.D.G.B. zu den zehn von ihm selbst aufgestellten Punkten bedeutet eine Krise für die Gewerkschaften. Die Erfüllung der Sachverhalte allein wird das Glend nicht beseitigen, sondern darüber hinaus müssen wir vorwärts. Zwangend notwendig ist, daß wir das Vertrauen der Massen behalten. Der A.D.G.B. muß seine Stellung im aktiven Sinne revidieren. In ähnlichem Sinne äußert sich Wall (Saalfeld), der ausführt, daß wir uns nicht vor einem Kampfe scheuen dürfen. Der Metallarbeiter-Verband tritt mit ganzer Kraft für die Forderungen ein. Sollte das für einen großen Teil der anderen Verbände nicht zutreffen, dann müßte der Arbeiterkampf klarer sein eingeschärft werden.

Kölsch (Frankfurt a. M.) will nicht auf die Ursachen eingehen, die den von Dhmann erörterten Problemen zugrunde liegen, denn sonst kommen wir nicht zu dem Ziel, das wir uns in Jena gestellt haben. Unser voller Kraftesatz muß jetzt den zehn Forderungen gelten. Eine bessere Lohnpolitik ist notwendig; doch müssen dabei auch die verschiedenen Lebensbedingungen in den verschiedenen Lohngebieten berücksichtigt werden.

Wolf (Essen): Für die Tarifpolitik können unmöglich einheitliche Normen aufgestellt werden; wir müssen von Fall zu Fall entscheiden.

Schulenburg (Karlsruhe) teilt Redner den Standpunkt von Dhmann. Die 10 Punkte sind ein Programm. Können sie auch nicht mit einem Schlag verwirklicht werden, so trifft dies doch für einige zu und wir sollten die Probe auf's Exempel machen. Die Staatsbeamten werden zum großen Teil mit den Rechtsvorschriften unter einer Decke; die Regierung ist dagegen machtlos und wir müssen ihr zeigen, daß sie sich auf uns verlassen kann.

Der A.D.G.B. muß die gesamte Arbeiterklasse zum Widerstand gegen die Schlichtungsordnung aufrufen. Die Paragrafen in dieser Schlichtungsordnung seien an Händen und Füßen.

Brandes (Stuttgart) spricht über die Verhandlungen mit dem Eisenbahner-Verband und das dabei erzielte Resultat, über die Verschiedenartigkeit der Verdienste und die Forderungen des A.D.G.B. Der Vorstand hat ein gewaltiges Interesse an der Kenntnis der wirklichen Verdienste.

Für die Forderungen des A.D.G.B. muß mit aller Entschiedenheit eingetreten werden. Der A.D.G.B. muß handeln. Wenn er sich bemüht ist, daß seine Forderungen durchführbar sind, dann muß das auch geschehen. Die politischen Parteien können nichts anfangen, wenn nicht die gewaltige Macht des A.D.G.B. dahinter steht. Während der Diskussion sind zwei Entschließungen zu den Forderungen des A.D.G.B. und zur Schlichtungsordnung eingebracht. In der ersten wünscht Kummer (Stuttgart) eine härtere Verurteilung des Ernstes der Lage.

Bödler (Köln) ist der Ansicht, daß die Resolution das Richtige befaßt. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, etwas zu versprechen, was wir nicht halten können.

In seinem Schlusswort geht Dhmann (Stuttgart) zunächst auf verschiedene Dinge ein, die in der Aussprache vorgebracht wurden. Eine Tarifpolitik nach Konzern können wir nicht betreiben. Die Lohnpolitik soll verbessert werden und es sollen künftig planmäßig Überdachten über die Löhne der gelernten, angelernten und ungelerten Arbeiter ersehen. Zu den Forderungen des A.D.G.B. sind im Bundesauschuss Stimmen laut geworden, die besagen, daß sich der Bund um Fragen kümmerne, die nicht seine Aufgaben seien. Die Gewerkschaften sind um ihrer selbst willen gezwungen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Wenn aber Forderungen aufgestellt werden, muß klar sein, wie man dafür sorgen will und kann. Eine Aktion ist nur möglich, wenn Geschlossenheit und Einmütigkeit bestehen. Der A.D.G.B. hat die historische Mission, mit den Gewerkschaften die politischen Arbeiterparteien auf einen gemeinsamen Kampfplatz zu bringen. Diese Mission darf der A.D.G.B. nicht verpassen. Wir gehen einer weiteren Erneuerung entgegen und wir dürfen uns nicht lassen, daß wir nicht unser Möglichstes für die Durchführung der Forderungen getan haben. Andere Gewerkschaften können wir nur mit fortziehen, wenn diese geistig darauf eingestellt sind; sonst ist es unmöglich.

Der erweiterte Beirat stimmt einstimmig den folgenden beiden Entschließungen zu:

Zu den Forderungen des Vorstandes des A.D.G.B. und Afa-Bundes.

Der erweiterte Beirat stimmt gleich dem ersten Reichsbetriebsratengreß für die Metallindustrie den vom Vorstand des A.D.G.B. und Afa-Bundes aufgestellten 10 Forderungen einstimmig zu. Nicht alle proletarischen Organisationen muß es sein, ihre Kräfte für die Durchführung dieser 10 Forderungen einzusetzen.

Die Verwirklichung dieser Forderungen ist nur möglich in hartem gähem Ringen mit den kapitalistischen Mächten; ein Erfolg der Arbeiterklasse setzt ihr einmütiges, geschlossenes Zusammenwirken in striktester Disziplin voraus. Nicht alle Gewerkschaftsmittelglieder ist es, in diesem Sinne zu wirken.

Zur Schlichtungsordnung.

Der erweiterte Beirat stimmt der Haltung des Ausschusses des A.D.G.B. zum § 55 der Schlichtungsordnungsgesetzentwurfes rückhaltlos zu und fordert die parlamentarischen Arbeitervertreter auf, jedes Zwangsmittel, das einen Eingriff in das freie Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften darstellt, strikte abzulehnen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Erhöhung der Beiträge und Unterstüßungen

gibt der Kollege Schäfer (Stuttgart) die notwendigen Erläuterungen. Schon aus der Jänner-Generalversammlung bestand Einmütigkeit, daß unser Finanzgebäude eine Änderung erfahren muß. Dies veranlaßt auch die Generalversammlung, den erweiterten Beirat für die nächste notwendige Beitragserhöhung für zulässig zu erklären. Schneller, als man glaubt hat, ist die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge eingetreten, nicht nur hinsichtlich einer weiteren Erhöhung der Unterstüßung, sondern auch des Anteils der Sozialkassen damit der verwaltungsmäßige Apparat, ohne den keine Organisation vorwärts kommen kann, richtig funktioniert. Bei den jetzigen Unterstüßungssätzen können unsere Mitglieder keine längeren Streiks mehr führen und wenn wir den kommenden Kämpfen, die sicher sehr schwere Art sein werden, gerüstet entgegenzutreten wollen, ist eine Erhöhung der Beiträge unvermeidlich. Vom Vorstand sind zwei Vorlagen ausgearbeitet worden; die erste sieht eine Erhöhung der Beiträge in der 1. Klasse um 8 A, in der 2. Klasse um 1,50 A und in der 3. Klasse um 30 A vor. Die zweite Vorlage will den Grundbeitrag um 1 A, 1 A und 30 A erhöhen. Vorstand und angesehener Beirat haben einigend die Einführung einer weiteren Beitragstabelle beraten, sind aber zu der Auffassung gekommen, daß dies verhältnismäßig nicht zulässig ist. Die Generalversammlung in Jena hat die Einführung von Staffelbeiträgen abgelehnt und Vorstand und Beirat müssen das beachten. Daher sind die beiden Vorlagen zu dem Entschluß gekommen, den jetzigen Grundbeitrag zu erhöhen. Der Erwerbslosenunterstützung soll erhöht werden, damit die Beitragssteigerung des Beitrags ausgeglichen ist. Die Streik- und Arbeitslosenunterstützung dagegen soll nach Vorlage 1 in der 1. Klasse von 40 auf 150 A die Woche, in der 2. Klasse von 60 auf 90 A und in der 3. Klasse von 30 auf 45 A erhöht werden. Auch eine Erhöhung der Familienunterstützung um 50 Prozent für die Frau und 100 Prozent für jedes Kind ist bei Streik- und Arbeitslosenunterstützung vorgesehen. Um die Staatsgebahrung der Verwaltungen auf eine bessere Basis zu bringen, soll der Anteil der Sozialkassen in der 1. Klasse auf 1 A der verlaufenen Monate, in der 2. Klasse auf 60 A und in der 3. Klasse auf 15 A pro verkaufte Marke bemessen werden.

Redner wendet sich gegen die planlose Finanzpolitik gegenüber früher völlige Anarchie. Die Verwaltungen begreifen vom ersten Tage an Rückschlüsse zur Unterstüßung, was wohl bei einem kleineren Streik, nicht aber bei größeren Bewegungen aufrecht erhalten werden kann. Durch die jetzt vom Vorstand vorgeschlagenen Unterstüßungssätze werden die Sozialkassen etwas entlastet. Der Beirat ersucht den erweiterten Beirat, weitestmöglich zu sein, die zu erwartenden Kämpfe zu berücksichtigen und der ersten Vorlage des Vorstandes zuzustimmen.

Es läuft ein Antrag Frank, Köhler und Genossen ein, die jetzt bestehende erste Beitragstabelle mit den bestehenden Unterstüßungssätzen beizubehalten für Mitglieder, die nicht mehr als 8 A Stundenlohn erhalten.

Mit den angeführten Eigenschaften und Vorfällen darf der Dieselmotor als die gegenwärtig technisch vollkommenste aller Kraftmaschinen bezeichnet werden, die der gewöhnliche Betriebsbetrieb der alten Dampfmaschine geworden und dazu beitragen ist, diese im Laufe der Zeit auf einem sehr erheblichen Teile ihres bisherigen Arbeitsgebietes zu verdrängen. Bei alledem darf man sich jedoch nicht zu der Meinung verführen lassen, daß der Dieselmotor die Dampfmaschine niemals ganz verdrängen könnte. Das ist aus den verschiedensten Gründen ausgeschlossen. Denn erstens hat die Dampfmaschine doch bestimmte Vorteile, die sie für gewisse Zweige der Industrie unentbehrlich macht, und andererseits ist der Dieselmotor bei all seinen Vorzügen doch auch mit gewissen Mängeln und Nachteilen behaftet. Bei allen Explosionsmotoren, so weit auch der Dieselmotor nicht den hohen Grad von Zuverlässigkeit auf, den wir an der Dampfmaschine kennen und schätzen, die hinsichtlich dieser Eigenschaften alle anderen Kraftmaschinen übertrifft. Betriebsstörungen, kleinere und größere Defekte und die Notwendigkeit von Reparaturen sind bei allen Explosionsmotoren zahlreicher als bei der Dampfmaschine, die ihren Konstruktionsausbau hinsichtlich der allgemeinen Lebensdauer entschieden überlegen ist. Eine gute Dampfmaschine hält ihre dreißig bis fünfzig Jahre aus, eine Dieselmotordauer, die ein Explosionsmotor niemals erreicht. Dann die Leistungsfähigkeit einer solchen Maschine und daher auch ihre Beanspruchung ist eine viel größere als bei der Dampfmaschine, was aber wiederum eine entsprechend stärkere Abnutzung der Maschine und aller ihrer Teile und damit eine Beschränkung ihrer Lebens- und Gebrauchsdauer auf eine verhältnismäßig kurze Reihe von Jahren im Vergleich hat. Auch die Anpassungsfähigkeit an die verschiedenartigsten Bedingungen und Verhältnisse des industriellen und Arbeitens ist bei den Explosionsmotoren, auch beim Dieselmotor, keinesfalls so weitgehend wie bei der Dampfmaschine. Daß die Explosionsmotoren die Dampfmaschine in den genannten Eigenschaften niemals völlig werden erreichen können, ist sehr fraglich, ist sogar nahezu ausgeschlossen, und solange das der Fall ist, hat schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen die letzte Stunde der alten Dampfmaschine noch lange nicht geschlagen.

Außerdem haben die Konstrukteure und Fabrikanten von

Der Dieselmotor

Von H. Wolff, Friedeman (Nachdr. verb.)

Seine Vorzüge.

Das Kohöl ist jedoch nicht der einzige Brennstoff, mit dem diese Maschine betrieben werden kann. Außer dem rohen Erdöl selbst können auch alle Kohlenstoffe, die bei der Destillation dieses Stoffes entstehen, als Treibmittel verwendet werden. Aus dem rohen Erdöl gewinnen wir durch Destillation bekanntlich das Benzol und das Petroleum; nach der Auscheidung dieser Stoffe hinterbleibt ein Rückstand, das sogenannte Koksöl, das noch einen vortrefflichen Brennstoff abgibt. Früher konnte das Koksöl jedoch nur als Brennstoff der Dampfmaschine verwendet werden, wobei, entsprechend dem geringen Kalorwert der Dampfmaschine, nur etwa 10 Prozent der in diesem Brennstoff enthaltenen Wärmeenergie nutzbar gemacht werden konnte. Seit es jedoch der Dieselmotor gibt und das Koksöl als Brennstoff dieser Maschine verwendet werden kann, liefert es dieses Brennmaterial eine mehr als dreifach höhere Ausbeute an Wärme und Energie.

Die Kohle direkt im Dieselmotor zu verwenden, ist nicht möglich. Wohl aber ist es bereits heute möglich, gewisse Auscheidungsprodukte der Kohle, nämlich Teeröl und sogar auch Teer, die beide bei der Destillation als Rückstand hinterbleiben, als Brennstoff des Dieselmotors zu verwenden. Damit ist aber auch die Möglichkeit der Verwendung der Kohle selbst für den Betrieb der Dieselmotoren und damit einer ungemein günstigeren Ausnutzung der Kohle für die Zwecke der Wärme- und Energieerzeugung in die Nähe gerückt.

Als eine Verwertung der Steinkohle in dieser Art, zu der heute kaum der erste Schritt getan ist, einmal in vollem Umfang durchgeführt, so werden wir vermöge des Dieselmotors in der Lage sein, aus jedem Quantum Steinkohle eine wesentlich größere Menge nutzbarer Energie zu ziehen, als es jetzt möglich ist. Noch dieser Richtung bewegt sich heute das Streben der Feuerungstechnik und wir dürfen

annehmen, daß in absehbarer Zeit hier einmal große und dauernde Erfolge erzielt werden.

Außer dem wertvollen Vorzug des wesentlich höheren Wirkstoffes, also der viel günstigeren Ausnutzung des Brennstoffes, hat der Dieselmotor noch andere bedeutungsvolle Vorzüge gegenüber der Dampfmaschine aufzuweisen. Eine Dampfmaschine von 1000 Pferdestärken ist mit ihrer riesigen Feuerungsanlage und dem Dampfzylinder ein ungeheurer Koloss, gegen den sich ein Dieselmotor von gleicher Leistungsfähigkeit wie ein Zwerg ausnimmt. Hierdurch wird eine Raumersparnis erzielt, die angesichts des hohen Mietpreises der Fabrikräume ganz gewaltig ins Gewicht fällt. Sofortige Dienstbereitschaft zu jeder Zeit zeichnet die neue Maschine des weitern vorteilhaft gegenüber der Dampfmaschine aus, die immer erst eine halbe oder auch eine ganze Stunde lang umständlich angeheizt werden muß, ehe sie sich zur Arbeit bequemt. Aber auch gegenüber dem technisch sehr verwickelten Benzinmotor hat der Dieselmotor bedeutende Vorzüge aufzuweisen. Vor allem den der wesentlich größeren Billigkeit des Brennstoffes, denn Kohöl, Teeröl und die anderen für den Betrieb des Dieselmotors zur Verwendung kommenden Brennstoffe sind zwar teurer als Kohlen, aber wesentlich billiger als Benzin oder Benzol. Hieraus ergibt sich eine viel größere Billigkeit des Betriebes des Dieselmotors, dessen Brennstoffkosten pro Pferdestärkenstunde nur etwa den vierten Teil oder noch weniger derjenigen des Benzinmotors betragen. Benzinmotoren werden auch nicht in so großen Abmessungen gebaut und beschränken sich auf eine Leistungsfähigkeit von etwa 4 bis 100 oder höchstens 200 Pferdestärken, während man jetzt bereits Dieselmotoren bis zu 2000 Pferdestärken baut. Als industrielle Arbeitsmaschine kann nach alledem der Benzinmotor mit dem Dieselmotor überhaupt nicht in Wettbewerb treten, vielmehr ist dieser auf die Verwendung als Antriebsmaschine der Automobile, der Luftschiffe und Flugzeuge beschränkt. Denn der Benzinmotor ist der leichteste aller Motoren und besitzt daher für Automobile und Luftfahrzeuge den größten und wichtigsten technischen Vorzug, da für diese Fahrzeuge größte Leichtigkeit der Arbeitsmaschine die unerlässliche Voraussetzung ist.

Frankfurt (Oder) begrüßt diesen Antrag mit dem Hinweis auf die erheblichen Schäden in den fiskalen Bezirken.

Landgraf (Bremerhaven) stellt den Antrag, die Beiträge in der 1. Klasse auf 8 M und in der 2. Klasse auf 4,50 M zu bemessen...

Spiegel (Wiesbaden) spricht gegen diesen Antrag. Er hält den Vorstandsvorschlag für das Richtige.

Ströbel (Stuttgart): Die Vorlage kann nicht als gesund bezeichnet werden. Von einem Wobau der lokalen Unterhaltungen kann keine Rede sein...

Stöber (Stuttgart): Die Jenaer Generalversammlung hat die größte Schuld, dass wir heute in solch schwieriger Situation sind.

Schäfer (Stuttgart): Das Selbstbestimmungsrecht der Verwaltungen soll nicht herabgedrückt werden. Es denkt auch niemand daran...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

zweiten Sitzungstag

fortgesetzt. Dörmann (Stuttgart) sagt, dass sich der Vorstand ernsthaft bemüht habe, den Bedenken zu begegnen...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

Schäfer (Stuttgart): Die Frage des Beitragsabbaus muss vom Gesichtspunkt des Wollens, nicht von dem des Könnens betrachtet werden...

Stöber (Stuttgart): Die Generalversammlung hat dem erweiterten Beitrag Vorschlag erteilt, über eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen...

lassen hält er für bestreidend, aber undurchführbar, da die Verwaltungsarbeiten nicht einseitlich sind...

Der Antrag Dörmann auf Einführung einer 3. Klasse 4,50 M Beitragssätze wird gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Vorstandes, Verwaltungen mit Stundenverdiensten unter 6 M auf Antrag hin in die zweite Beitragsklasse einzuteilen, wird mit 35 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage 1 des Vorstandes wird darauf einstimmig angenommen.

Die Vorschläge hinsichtlich der lokalen Streikzuschüsse, die gleichfalls einstimmig angenommen wurden, lauten wie folgt:

Verwaltungen, die es für geboten erachten, aus lokalen Mitteln einen Zuschuss zur Streikunterstützung zu gewähren, werden dringend aufgefordert:

- a) für die beiden ersten Streikwochen von einem lokalen Streikzuschuss abzugeben, b) lokale Streikzuschüsse nach einer längeren Streikdauer in etwas steigender Summe abzugeben...

Die Vorlage 1 hat folgenden Wortlaut: Der Grundbeitrag ist zurzeit:

Table with 2 columns: Klasse and Betrag. Klasse 1: 20 M, Klasse 2: 15 M, Klasse 3: 7,20 M.

Streik- und Maßregelungs-Unterstützung beträgt zurzeit:

Table with 2 columns: Klasse and Betrag. Klasse 1: 25 M, Klasse 2: 10 M, Klasse 3: 5 M.

Die Familien-Unterstützung beträgt zurzeit pro Tag 2.- M für die Frau und 1.- M für jedes Kind...

Nach § 10 Abs. 8 erhalten zurzeit nichtbeschäftigte Mitglieder, das sind solche von 13- bis 16 Wochen Mitgliedschaft:

Table with 2 columns: Klasse and Betrag. Klasse 1: 12 M, Klasse 2: 8 M, Klasse 3: 6 M.

Anteil der Lokalkasse ist zurzeit:

Table with 2 columns: Klasse and Betrag. Klasse 1: 25 M, Klasse 2: 10 M, Klasse 3: 5 M.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Berufslosenrenten referiert.

Loß (Stuttgart): Den auf der Generalversammlung in Jena gestellten Anträgen auf Abhaltung von Konferenzen will der Vorstand zum Teil entsprechen...

Die im Bergbau Beschäftigten (Bergmetallarbeiter) sind auf der Generalversammlung zu einer Besprechung zusammengetreten...

Eine Konferenz für die Waggonindustrie ist für das nächste Jahr in Aussicht genommen. Die Metallarbeiter glauben...

Metallarbeiter-Zeitung Nr. 1

Verwendungsgebiete. Zunächst der Dampf, die dem Dieselmotor gegenüber noch steht, hat er heute zu weiteren wichtigsten Leistungen...

Der Dieselmotor ist die wertvollste Betriebsmaschine geworden. Er ist vor allem die Kraftmaschine der Unterseeboote...

Metallarbeiter-Zeitung Nr. 1

durch eine Konferenz der Stellen der Unternehmer hinsichtlich der Höhe und Zahlungsfrist...

Eine Konferenz für die Metallarbeiter in Gemeinbetrieben... die Konferenz für die Metallarbeiter...

In der Aussprache wünschen... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Ein Verbandsmitglied wünscht... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Siniglich des Übertritts von Mitgliedern... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Damit sind die Geschäfte der Verbandsführung erledigt... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Wirtschaftskrise und Entlassungsschutz

Von E. R. R. R.

Die derzeitige Konjunkturlage ist innerlich ungesund... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Abgesehen von der Gewerbeordnung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

A. Das Betriebsratsgesetz

Die Entlassungsschutzbestimmungen des Betriebsratsgesetzes... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Weiter ist unbedingt notwendig... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Es ist daher für jede Belegschaft... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Unter diesen Voraussetzungen... die Konferenz für die Metallarbeiter...

1. Im Falle der Kündigung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

2. Der angestufte Arbeiter... die Konferenz für die Metallarbeiter...

3. Erachtet der Arbeiter... die Konferenz für die Metallarbeiter...

4. Diese Verhandlungsbearbeitungen... die Konferenz für die Metallarbeiter...

5. Die Verhandlung soll... die Konferenz für die Metallarbeiter...

6. Geht die Verhandlung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Schwerd, Desillationsprodukten der Kohle... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Dieselmotor den Konstruktionen... die Konferenz für die Metallarbeiter...

So sehen wir gegenwärtig... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Sein Erfinder.

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

anrufen. Der geschädigte Arbeitnehmer... die Konferenz für die Metallarbeiter...

7. Wird eine der vorgenannten... die Konferenz für die Metallarbeiter...

8. In Fällen fristloser Entlassung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

9. Die so gefällten Schiedssprüche... die Konferenz für die Metallarbeiter...

10. Im Falle eines Formfehlers... die Konferenz für die Metallarbeiter...

11. Wählt ein Unternehmer die... die Konferenz für die Metallarbeiter...

12. Wählt der Unternehmer an... die Konferenz für die Metallarbeiter...

B. Verordnung vom 12. Februar 1920... die Konferenz für die Metallarbeiter...

1. Hier ist unter allen Umständen... die Konferenz für die Metallarbeiter...

2. Im Falle der Verminderung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

3. Ist die Arbeitszeit... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Maschine, die er bereits im Jahre... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Das erste Modell des Dieselmotors... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Summe von 4 Millionen Mark aus... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Doch die Tragik dieses genialen... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Nach seinem Tode setzte... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

Der Mann, dessen schöpferischem... die Konferenz für die Metallarbeiter...

4. Ist die Arbeitszeit bis auf... die Konferenz für die Metallarbeiter...

5. Der Einspruch ist beim... die Konferenz für die Metallarbeiter...

6. Die vom Schlichtungsausschuss... die Konferenz für die Metallarbeiter...

7. Ist der Schiedsspruch für... die Konferenz für die Metallarbeiter...

8. Auf Grund dieser Verordnung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

C. Betriebsratsgesetz und Verordnung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

1. In allen Fällen, wo ein... die Konferenz für die Metallarbeiter...

2. Ein derartiger auf Grund... die Konferenz für die Metallarbeiter...

3. Erfolgt die Verbindlichkeitsklärung... die Konferenz für die Metallarbeiter...

4. Will ein Unternehmer seine... die Konferenz für die Metallarbeiter...

5. In den Fällen zu § 1 kann... die Konferenz für die Metallarbeiter...

6. Wird von dem Arbeitgeber... die Konferenz für die Metallarbeiter...

7. In den Fällen zu § 1 kann... die Konferenz für die Metallarbeiter...

8. Wird von dem Arbeitgeber... die Konferenz für die Metallarbeiter...

9. In den Fällen zu § 1 kann... die Konferenz für die Metallarbeiter...

10. Wird von dem Arbeitgeber... die Konferenz für die Metallarbeiter...

11. In den Fällen zu § 1 kann... die Konferenz für die Metallarbeiter...

12. Wird von dem Arbeitgeber... die Konferenz für die Metallarbeiter...

13. In den Fällen zu § 1 kann... die Konferenz für die Metallarbeiter...

14. Wird von dem Arbeitgeber... die Konferenz für die Metallarbeiter...

15. In den Fällen zu § 1 kann... die Konferenz für die Metallarbeiter...

16. Wird von dem Arbeitgeber... die Konferenz für die Metallarbeiter...

